

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RMk. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 20 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg., von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3gesp. Reklamezeile 45 R.-Pfg., Sinneisse auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise- und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Für die Redaktion verantwortlich Otto Kästner in Waldenburg Sa.
Druck und Verlag der Firma E. Kästner in Waldenburg Sa.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabefag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altstädterstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensdorf bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Frl. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Verleger, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises für Nichterhalt der durch Presse streicher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Sugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Ndh., Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Niederwinkel, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.

Nr. 297

Dienstag, den 22. Dezember 1931

54. Jahrgang.

„Die junge Generation wird gegen die Schuldentzahlungen rebellieren“

Amtlicher Teil.

Die bestellten Christbäume

werden am Dienstag, den 22. Dezember 1931, Nachmittags 2 Uhr im Marktall abgegeben.

Fürstliches Forstamt Waldenburg.

Auch im Jahresbericht der Berliner Handelskammer wird auf die dringende Notwendigkeit der Schuldenregelung hingewiesen.

Der Preiskommissar Goerdeler empfing die Gewerkschaften, die er aufforderte, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Die Amtsdauer aller Betriebsratsmitglieder wurde um ein Jahr verlängert.

Die Wirtschaftskrise hat auch die Tätigkeit der Reichswehr in diesem Jahre stark beeinflusst.

Die Stillhaltungskonferenz tagt auch noch in der Weihnachtswoche.

Auf einer deutschnationalen Vändertagung in Braunschweig wurde die unbedingte Erhaltung der Selbstständigkeit der einzelnen Länder gefordert.

Die Ausprägung des neuen Bierpennigstücks wurde am Sonnabend im Reichsrat endgültig beschlossen.

Anstelle der Schlachtsteuer wollte man in Preußen eine Margarinesteuer einführen und schlägt nun eine Schokoladensteuer vor.

England will die Verschiebung der Abrüstungskonferenz beantragen.

Japan kündigt radikales Vorgehen an, wenn die Zurückziehung der chinesischen Truppen nicht erfolgt.

Amerika warnt Japan vor der Besetzung Tschiangkangs.

Die allgemeinen Wahlen in Australien brachten einen Rechsistieg.

Der Präsident der National City-Bank in Newyork erklärt die Tributverklavung als unhaltbar.

Elli Weinhorn mußte in Persien infolge Bruchs der Delrohrleitung noilanden.

Waldenburg, 21. Dezember 1931.

Die ersten Notverordnungen, welche die Regierung drüning herausgebracht hat, haben der deutschen Wirtschaft, insbesondere dem Reich, den Ländern und Gemeinden eine Einparung von 2,4 Milliarden Mark eingetragen. Allerdings muß man hierbei berücksichtigen, daß infolge dieser Einparungen viele Entlassungen vorgenommen wurden und viele Menschen arbeitslos geworden sind. Die neue Notverordnung soll wieder Ersparnisse bringen, und zwar in großem Umfang. Allein die Wirtschaft soll durch Senkung der Frachten bei Bahn und Binnenschiffahrt um 360 Millionen Mark entlastet werden. Sie hat es nötig, denn man braucht sich nur umzusehen, und man wird finden, daß uns jeder Tag neue Alarmmeldungen bringt.

Die Baumwollspinnereien klagen über unnormale Einfuhr von englischem Garn, und die Baumwollwebereien leiten mit, daß in der zweiten Hälfte des November keine Geschäftstätigkeit größeren Umfangs festgestellt werden konnte. Die bekannte Webwaren A.-G. in Köln hat soeben Konkurs angemeldet. Bei der Gardinenindustrie finden wir im Dezember eine weitere Verschlechterung des Geschäfts und einen Rückgang der Preise, ebenso ist im Tüllgeschäft eine äußerste Zurückhaltung der Rundschaft bei unpreiseliebenden Preisen zu beobachten. Die Rohseisenzeugung liegt katastrophal darnieder. So wird aus Schlesien für die letzten Wochen ein fast völliger Ausfall der Produktion gemeldet, und die Gesamtzeugung der deutschen Rohseisenindustrie in den ersten elf Monaten dieses Jahres betrug nur 5,7 Millionen Tonnen gegen 9 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Auch sonst sieht es nirgends rosig aus. Die Firma Continental in Hannover hat ihr Werk in Seelze stilllegen müssen und läßt die umfangreichen Fabrikgebäude abreißen. Siemens in Berlin mußte seine Bauunion eingehen lassen, und die Waqaonfabrik Gebrüder Credé & Co. in Kassei

hat 520 Arbeiter und Angestellte entlassen und will das gesamte Werk stilllegen. Nach Mitteilung der Firma will sie nicht einmal die neuen Aufträge der Reichsbahn annehmen, da auch diese keine Rettung mehr bringen können. Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Ludwig Loewe & Co. A.-G. in Berlin will 20 Millionen eigene Aktien einziehen, da sie die infolge der gesunkenen Kurse erfolgten Abschreibungen auffangen möchte.

Bei den Schraubenfabriken hat sich im November der Auslandsmarkt trostlos gestaltet. Ungarn gibt überhaupt kein Geld mehr, und wer liefern will, muß ungarische Waren in Tausch nehmen. Preisunterbietungen finden sich in allen Branchen, und zwar in derartigem Umfang, daß sie nur durch Verlustabschlüsse zu erklären sind. Die Lage der Schifffahrt gestaltet sich infolge des Pfundsturzes immer schwieriger, weil die auf Schilling basierenden Frachten sich der Pfundentwertung noch nicht angepaßt haben. Die Folge ist ein Rückgang des Güterverkehrs und ständig kurzierende Berichte von der Umstellung deutscher Schiffe auf fremde Flaggen. Vor einigen Tagen hat Kanada an England große Aufträge in Stahl- und Elektrowerten gegeben, und bei uns geht es selbst den größten Firmen dieser Branchen schlecht. Weiß man doch, daß Siemens die vor kurzem durch Investierung von 20 Millionen erworbene und zum modernsten Werk dieser Art ausgestattete Turbinenfabrik Mülheim/Ruhr praktisch stilllegen mußte, und daß die Neubauten in Siemensstadt bei Berlin nicht ausgenutzt werden können. Die Königs- und Vaurahütte, von denen die erstere seit 12. Dezember stillgelegt ist, nahm eine Herabsetzung des Kapitals um 6,5 Millionen vor, um sich der Wirtschaftslage anzupassen. Die Liste könnte beliebig verlängert werden.

Wird nun die neue Notverordnung die so dringend erforderliche Entlastung bringen? Wir wollen es hoffen, ohne daß wir indessen Grund zu einem allzu rofigen Optimismus haben. Der Hauptzweck der einschneidenden Bestimmungen besteht ja in einer allgemeinen Senkung der Preise durch eine entsprechende Verminderung aller Unkosten, wodurch eine verstärkte Ausfuhrmöglichkeit deutscher Erzeugnisse geschaffen werden würde. Hiervon verspricht man sich neben einer Verminderung der Arbeitslosigkeit die so bitter notwendige Anturbelung der Wirtschaft. Leider machen sich demgegenüber im Auslande aber verstärkte Bestrebungen geltend, dieser vergrößerten deutschen Wareneinfuhr durch erhöhte Zölle oder Sonderbestimmungen hinsichtlich der Einfuhr zu begegnen. Auch das Abgleiten der ausländischen Währung trägt das Seine dazu bei, dem deutschen Export erhöhte Schwierigkeiten zu bereiten. Die diesbezüglichen Wirkungen lassen sich bereits aus den soeben veröffentlichten Ziffern über die Entwicklung des deutschen Außenhandels der letzten Zeit feststellen. Es wird somit zweifellos ganz besonders schwieriger und geschickter Verhandlungen unserer Außenhandelsstellen bedürfen, wenn es uns gelingen soll, die an die neue Notverordnung geknüpften Erwartungen zu erfüllen und auf die Dauer zu behaupten.

Tributverklavung unhaltbar.

Bankier Mitchell prophezeit eine allgemeine Schulden- und Tributrebellen.

Washington, 21. Dezember.

Die amerikanischen Zeitungen geben ausführlich eine Erklärung wieder, die der Präsident der National City Bank, Mitchell, im Senatsauschuß anlässlich der Debatte über das Hoover-Moratorium abgegeben hat. Mitchell stellte danach eine allgemeine europäische Rebellion gegen die Schulden- und Tributzahlungen in Aussicht und erklärte wörtlich:

„Ich will hier nicht die Notwendigkeit der Schuldenstreichung darlegen. Aber ich glaube nicht, daß alle diese Schulden jemals einlöst werden können, ohne daß das zur Rebellion gegen die verpflichteten Regierungen führt. Es wäre ein Wunder, wenn im Juni die Zahlungen wieder aufgenommen werden würden. Die Rebellion wird sich aus der Weigerung der jüngeren Generation ergeben, für die Fehler der Väter zu zahlen. Insbesondere wächst jetzt in Deutschland eine junge Generation heran, die sich mit einem schweren Joch belastet sieht, für das sie nicht verantwortlich ist.“

Appell zur Notgemeinschaft.

Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Berlin.

Berlin, 21. Dezember.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer legt jetzt als erste einen Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1931 vor. Angesichts der Tatsache, daß es diesmal überall die gleichen Ursachen sind, die den Daseinstampf der einzelnen Zweige der deutschen Volkswirtschaft bis zur Unertügllichkeit verschärft haben, hat die Kammer auf Sonderuntersuchungen verzichtet und dafür die Grundübel herausgearbeitet. Interessant ist eine Bemerkung, in der von einer Renaissance des kleinen Unternehmers die Rede ist.

Hinsichtlich der Aussichten für das neue Jahr erklärt der Bericht zum Schluß:

„Alle Bemühungen um den inneren Wiederaufbau werden scheitern, wenn es nicht gelingt, für die äußere Verschuldung Deutschlands eine befriedigende Regelung zu finden. Die Sachverständigen und die beteiligten Regierungen werden sich nun entscheiden müssen, ob sie durch eine zeitgemäße Lösung des deutschen Verschuldungsproblems den Weg für eine internationale Verständigung eröffnen wollen, oder ob dem Weltkrieg und der Weltkriegskrise nun ein Weltwirtschaftskrieg folgen soll, bei dem es keinen Sieger, sondern nur Besiegte geben wird.“

Gerade dieses Berichtsjahr hat der Welt die Verschuldung Deutschlands mit der Weltwirtschaft und die Gefahren eines deutschen Chaos vor Augen geführt. Durch das Notverordnungsrecht hat die Reichsregierung dem Ausland den Willen gezeigt, in der Reinigung der öffentlichen Finanzen und der Aufrechterhaltung des Haushalts vor der äußersten Belastungsgrenze nicht zurückzuschrecken.

Auf dem dornenvollen Weg, den die Weltgeschichte uns zu schreiten zwingt, ist am Ende dieses Jahres die Erkenntnis herangereift, daß die Ablehr der Gläubigerländer von ihrer bisherigen irrümlischen Einschätzung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge notwendig ist.“

Warnrufe aus Amerika.

Hoover-Moratorium vom Repräsentantenhaus angenommen.

Washington, 19. Dezember.

Das Repräsentantenhaus nahm das Hoover-Moratorium mit 317 gegen 100 Stimmen mit dem vom Finanzausschuß angenommenen Zusatz, der sich gegen Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden richtet, an.

Das Haus stimmte also dem Moratorium als einmaligem, jetzt nicht mehr zu änderndem Schritt Hoovers zu, betonte jedoch, daß dies nicht eine Blankovollmacht für weitere Moratorien oder für eine Revision der alkierten Schuldenabkommen bedeute. Die entscheidende Sitzung des Repräsentantenhauses dauerte von 12 Uhr mittags bis 10 Uhr abends. Im Finanzausschuß des Senats bestätigte der Präsident der National City Bank, Mitchell, daß die deutschen Anleihen von weiten Kreisen des amerikanischen Publikums gekauft worden seien. Mitchell betonte, daß Deutschland seine Privatschulden bezahlen werde, wenn man es wegen der politischen Schulden nicht zu hart bedränge.

Anderenfalls würde nicht nur Deutschland zusammenbrechen, sondern dies würde auch Frankreich, England und Amerika tener zu stehen kommen.

Der „Times“-Korrespondent in Washington will erfahren haben, daß Staatssekretär Stimson vor dem Finanzausschuß eine vertrauliche Erklärung über die Aussichten in Zentraleuropa abgegeben habe, die er als höchst beunruhigend bezeichnet hätte.

Ernstere Ereignisse könnten unter Umständen in den allernächsten Tagen erwartet werden. Präsident Hoover habe einigen Mitgliedern des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses bei einem Frühstück verschiedenes mitgeteilt, aber die Teilnehmer zum Stillschweigen verpflichtet. Es heißt, daß der Präsident die Weltlage in den düstersten Farben gemalt und bemerkt habe, die Vereinigten Staaten könnten sich den Schwierigkeiten der Weltlage nicht entziehen.